

Die Soziale Marktwirtschaft in der Konsenskrise?

Die Bevölkerung ist verunsichert und unzufrieden mit dem Zustand von Wirtschaft und Gesellschaft. Sie hält grundlegende Reformen für notwendig. Dies zeigt eine repräsentative Umfrage des Kölner Forschungsinstituts für Ordnungspolitik.

Wirtschaft und Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland stehen gegenwärtig vor großen ordnungspolitischen Herausforderungen: Globalisierung und Standortwettbewerb bestimmen die politische Agenda. Die beschleunigte weltwirtschaftliche Integration und insbesondere die Öffnung Osteuropas haben zu veränderten Bedingungen im weltwirtschaftlichen Umfeld und zu wachsenden Anforderungen von außen geführt. Der Standort Deutschland gerät im weltweiten Wettbewerb unter zunehmenden Anpassungsdruck. Es stellt sich die Frage, wie unter diesen Bedingungen das erreichte Wohlstandsniveau aufrechterhalten werden kann. Wohlstandszuwächse können in Zukunft nur dann realisiert werden, wenn den Anforderungen des globalen Standortwettbewerbs Rechnung getragen wird. Globalisierung und Standortwettbewerb zwingen dabei zu erheblichen Veränderungen und erfordern eine höhere Anpassungsflexibilität und Innovationsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft.

In der Vergangenheit schaffte die Soziale Marktwirtschaft die Grundlagen für eine enorme Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und für eine prospe-

Die dargestellten Ergebnisse sind Teil einer vom Forschungsinstitut für Ordnungspolitik (FiO) durchgeführten repräsentativen Umfrage zum Reformklima in der Bevölkerung und zur grundsätzlichen Akzeptanz der ordnungspolitischen Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft. Dabei wurden vom 10.10. bis zum 10.11.1997 1165 Bürger zu Problembereichen aus Wirtschaft und Gesellschaft befragt.

rierende Wirtschaft. Konflikte konnten weitgehend durch die Verteilung von Wohlstandszuwächsen einer produktiv expandierenden Wettbewerbswirtschaft gelöst und damit größere Verteilungskämpfe vermieden werden. Der Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft erfüllte die Voraussetzungen für die notwendige Anpassungsflexibilität in Wirtschaft und Gesellschaft. Angesichts einer Entwicklung, die durch Strukturbearbeitung und Besitzstandsmentalität gekennzeichnet ist, muß jedoch davon ausgegangen werden, daß die Wohlstandszuwächse geringer und Verteilungskonflikte schärfer werden. Bereits heute hat die deutsche Wirtschaft in vielen Bereichen an Leistungsfähigkeit eingebüßt. Dies ist abzulesen an dem unzureichenden Wachstum, an der Investitionsschwäche und an der sich ausweitenden strukturellen Arbeitslosigkeit.

Die Anpassungsflexibilität in Deutschland geht offensichtlich zurück. Inflexibilität und Anpassungsschwäche führen zu einer nachlassenden Standortqualität, die den Abbau von Arbeitsplätzen zusätzlich beschleunigt. Der politische Handlungs- und Reformbedarf wächst: Wirtschaft und Gesellschaft geraten in eine Konsenskrise, wenn es nicht gelingt, den Anforderungen des globalen Wettbewerbs ordnungspolitisch angemessen zu begegnen. Notwendig ist dabei ein schlüssiges Gesamtkonzept, das den veränderten globalen Bedingungen gerecht wird. Die politischen Instanzen reagieren jedoch - wenn überhaupt - mit einem kurzfristigen ad-hoc-Interventionismus und einem weithin ordnungspolitisch blinden Aktionismus. Hinsichtlich grundlegender Veränderungen blockieren sich die Verantwortlichen im (partei)politischen Machtkampf gegenseitig und verhindern so notwendige Reformen. Die politische Lage ist wenige Monate vor der nächsten Bundestagswahl durch eine enorme Unbeweglichkeit gekennzeichnet. Offensichtlich trauen die politisch Verantwortlichen der Bevölkerung kaum Veränderungs- und Reformbereitschaft zu.

Grundlegende Reformnotwendigkeit wird erkannt

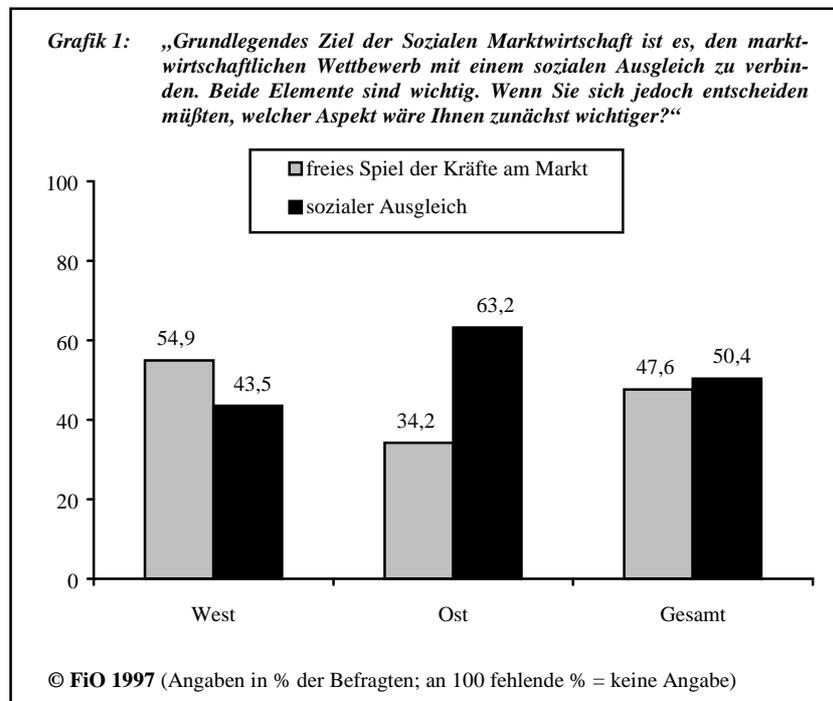
Entgegen dieser Vermutung wird vor dem Hintergrund der Globalisierung die grundlegende Reform- und Veränderungsnotwendigkeit von der Bevölkerung jedoch deutlich wahrgenommen: 80,7% der Befragten geben in der Umfrage des Kölner Forschungsinstituts für Ordnungspolitik an, daß grundlegende Reformen in Deutschland notwendig sind, um in Zukunft im weltweiten Wettbewerb bestehen zu können. Die Bevölkerung hat also erkannt, daß der Prozeß der Globalisierung und der weltweiten Arbeitsteilung nicht aufzuhalten ist, sondern in zunehmendem Maße die wirtschaftliche Lage in Deutschland bestimmen wird. Dabei sind 77,9% der befragten Bürger der Ansicht, daß Deutschland sich auch weiterhin für den weltweiten Wettbewerb öffnen sollte. Deutschland soll sich also nicht abschotten, um erreichte Standards um jeden Preis zu verteidigen, sondern sich für Freihandel einsetzen, um vom weltweiten Wachstum zu profitieren. Für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Deutschland hängt viel davon ab, daß dieser Prozeß von Staat und Politik ordnungspolitisch begleitet wird.

Die Soziale Marktwirtschaft wird grundsätzlich akzeptiert

In der Vergangenheit hat sich die Soziale Marktwirtschaft zum wirtschaftspolitischen Konsensmodell in der Bundesrepublik Deutschland entwickelt: Sie war bislang der allgemein akzeptierte und bewährte Ordnungsrahmen des Wirtschaftsprozesses. Zentrales Ziel der Sozialen Marktwirtschaft ist es, den marktwirtschaftlichen Wettbewerb mit dem sozialen Ausgleich zu verbinden. Dabei können soziale Leistungen jedoch nur in dem Umfang erbracht werden, in dem die hierfür erforderlichen Mittel zuvor im privatwirtschaftlichen Sektor erwirtschaftet wurden. Dies erkennen auch 47,6% der Befragten, nach deren Meinung sich in der Sozialen Marktwirtschaft zunächst das freie Spiel der Kräfte am Markt entfalten können muß, bevor ein sozialer Ausgleich möglich wird. In den alten Bundesländern räumen sogar 54,9% dem marktwirtschaftlichen

Wettbewerb Vorrang vor dem sozialen Ausgleich ein (Grafik 1).

Außerdem sind 77,7% der Befragten davon überzeugt, daß die Bürger zukünftig mehr auf eigene Leistung als auf staatliche Unterstützung setzen müssen. Verhaltensweisen, die für die Funktionsfähigkeit einer markt-



wirtschaftlichen Ordnung notwendig sind, werden von der großen Mehrheit der Bevölkerung als wichtig empfunden: 95,5% der Befragten halten Leistungsbereitschaft, 95,4% Flexibilität, 94,7% Eigeninitiative und 92,3% Risikobereitschaft für wichtige Verhaltensweisen (Grafik 2).

Die Soziale Marktwirtschaft als Grundlage des wirtschaftlichen

Erfolges der Bundesrepublik Deutschland stößt in ihren Grundsätzen also auf ein hohes Maß an Akzeptanz in der Bevölkerung.

Das erlebte Wirtschaftssystem wird als ungerecht empfunden

Mit der gegenwärtigen Ausgestaltung des Wirtschaftssystems ist die Bevölkerung hingegen ausgesprochen unzufrieden. Die Menschen erleben das Wirtschaftssystem überwiegend als ungerecht und sind davon überzeugt, daß die zentralen Ziele der Sozialen Marktwirtschaft nicht erreicht werden. Nur 23,3% der Bevölkerung sind der Meinung, daß es gegenwärtig gelingt, den marktwirtschaftlichen Wettbewerb mit dem sozialen Ausgleich zu verbinden. Eine Mehrheit von 58,8% ist der Ansicht, daß der soziale Ausgleich zu kurz kommt. Im Osten der Republik vertreten sogar 70,5% diese Auffassung

Den Glauben daran, daß soziale Gerechtigkeit sich schon von alleine einstellt, wenn alles der freien Initiative überlassen bleibt, teilen lediglich 27,6% der Befragten. Ein stabiler Ordnungsrahmen für die Wirtschaft ist im Empfinden der Bevölkerung also notwendig, um ein Gleichgewicht zwischen marktwirtschaftlicher Effizienz und sozialer Gestaltung zu realisieren. Das gegenwärtige Wirtschaftssystem läßt

diesen Ordnungsrahmen offensichtlich vermissen und hat sich somit von der ordnungspolitischen Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft weit entfernt.

Reformunfähigkeit der Politik

Ursache hierfür ist die ordnungspolitische Konzeptionslosigkeit der Politik. Diese gefährdet die Wirtschaftsordnung und hat erheblich zur Deformation der Sozialen Marktwirtschaft beigetragen. Derzeit fehlt ein ordnungspolitisches Gesamtkonzept, das insbesondere den Anforderungen des weltweiten Wettbewerbs gerecht wird. Die zwangsläufige Folge der selbstverschuldeten politischen Handlungsunfähigkeit ist ein enormer Vertrauensverlust der Bevölkerung in Staat und Politik. 60,4% der Befragten sind davon überzeugt, daß der Staat notwendige Reformen nicht umsetzt. Lediglich 4,9% der Bevölkerung glauben, daß das von der Bundesregierung verkündete Ziel, die Arbeitslosigkeit bis zum Jahre 2000 zu halbieren, erreicht wird. 67,2% der Befragten befürchten hingegen, daß die Arbeitslosigkeit auf dem gegenwärtigen Rekordstand verharren oder sogar weiter steigen wird.

Dem Vertrauensverlust in den Staat als ordnungspolitische Instanz entspricht auch allgemein das negative Bild des Staates in der Bevölkerung. Der Staat erhält überwiegend schlechte Noten, wenn es um die Bewertung der Fähigkeit zur

Bewältigung der Zukunftsaufgaben geht: 73,4% der Befragten halten den Staat für unbeweglich, 63,9% für bevormundend und 58,8% für leistungshemmend. Als

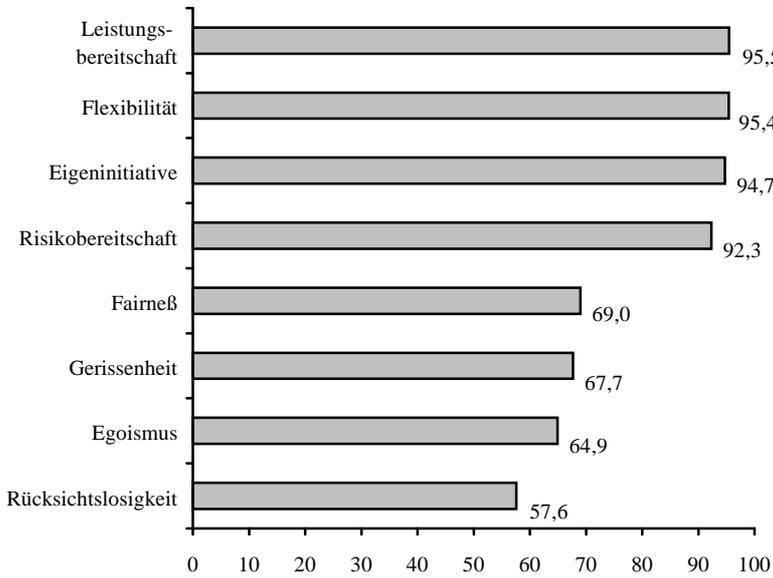
gerecht empfinden den Staat lediglich 31,1% und als bürgernah 24,3% der Bevölkerung (Grafik 3).

Verunsicherung und Zukunftsangst

Angesichts der Herausforderungen der Globalisierung und der zugleich wahrgenommenen Handlungsunfähigkeit der Politik zeigt die Bevölkerung ein hohes Maß an Verunsicherung und Zukunftsangst. So geben 74,7% der Befragten an, bei uns sei alles so kompliziert und unsicher, daß man Angst vor der Zukunft haben muß. Der soziale Zusammenhalt in der Gesellschaft wird von der Mehrheit der Bevölkerung als zu gering empfunden. Lediglich 26,2% haben das Gefühl, daß die Menschen in unserer Gesellschaft zusammenhalten. Zugleich geben 82,9% der Befragten an, daß man sich bei uns oft alleingelassen fühlt. Die Verunsicherung prägt die gegenwärtige Stimmung in der Gesellschaft und führt zu einem Orientierungsverlust der Menschen.

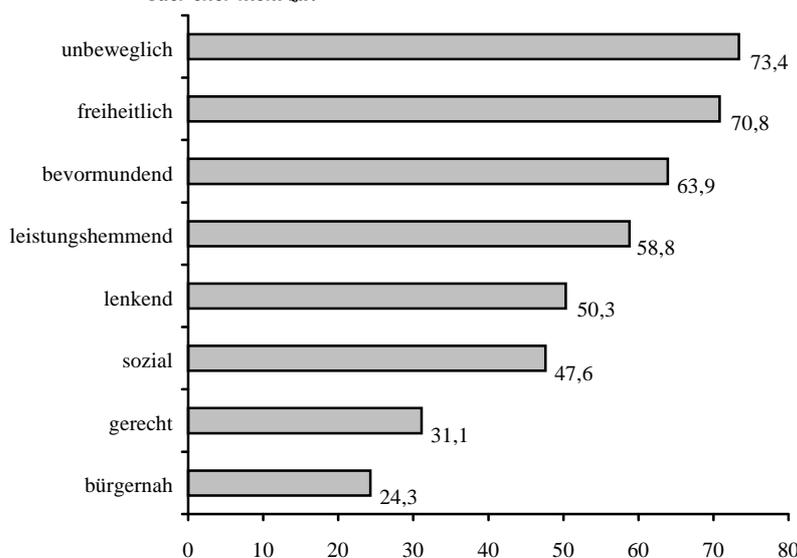
Der Vertrauensverlust in die Handlungsfähigkeit der politischen Instanzen und der Orientierungsverlust der Bevölkerung werden durch das kurzsichtige und zögerliche Handeln im gegenwärtigen Wahlkampfmarathon verstärkt. Auf politischer Ebene wird zwar über die Notwendigkeit von

Grafik 2: „Nun nenne ich Ihnen eine Reihe von Verhaltensweisen. Glauben Sie, daß diese eher wichtig oder eher unwichtig sind, um in unserer Wirtschaftsordnung erfolgreich zu sein?“



© FiO 1997 (Zustimmung in % der Befragten)

Grafik 3: „Wenn Sie einmal an unseren Staat denken, treffen die im folgenden genannten Eigenschaften Ihrer Meinung nach auf den Staat eher zu oder eher nicht zu?“



© FiO 1997 (Zustimmung in % der Befragten)

Reformen gesprochen, man kann sich jedoch nicht zu vernünftigen Konzepten durchringen, in denen die Wahrheit über die gegenwärtige Krise und den Zwang zu grundlegenden Veränderungen offengelegt wird. Der Begriff 'Reform' wird vielmehr für ziel- und konzeptionslose Kürzungen sozialer Leistungen mißbraucht, ohne daß hierdurch ein wirklicher Zuwachs an Flexibilität und Eigenverantwortung zu verzeichnen ist. Der Reformbegriff ist dabei inzwischen überwiegend mit negativen Bedeutungsinhalten besetzt: Er wird mit Chaos, Verunsicherung und Orientierungslosigkeit, aber auch mit allgemeinem Wohlstandsverlust verbunden und erweckt das Mißtrauen der Betroffenen.

Dieses Mißtrauen in den Reformbegriff muß überwunden werden, wenn die Politik einen Ausweg aus der gegenwärtigen Krise finden will. Der Reformbegriff muß seinen positiven Bedeutungsinhalt zurückgewinnen: Reformen müssen wieder als Fortschritt und Weiterentwicklung, als innovative Gestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verstanden und erlebt werden. Dazu müssen Reformen klare Perspektiven aufzeigen und ein für alle nachvollziehbares Ziel definieren. Die notwendigen Reformen sind zwar kurzfristig mit persönlichem Verzicht verbunden, diese werden aber durch einen langfristigen Gewinn an Stabilität, Wohlstand und Orientierungssicherheit überkompensiert.

Hohes Maß an Reformbereitschaft

Wird die Bevölkerung mit Reformen konfrontiert, die diese Voraussetzungen erfüllen, so erkennt sie nicht nur die Notwendigkeit von Reformen an, sondern leitet daraus auch ein überraschend hohes Maß an Reformbereitschaft ab. Diese Reformbereitschaft artikuliert sich sowohl in der Akzeptanz konkreter Reformüberlegungen in verschiedenen Bereichen der Wirtschaft und des

Arbeitslebens als auch in der Bereitschaft zu persönlichen Veränderungen und Verzicht auf gewohnte Besitzstände. So vertraut z.B. bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ein großer Teil der Bevölkerung nicht länger darauf, daß der Staat dieses Problem lösen wird. 73,0% der Befragten geben an, daß der einzelne sich nicht auf den Staat verlassen, sondern sich vor allem selber um einen neuen Arbeitsplatz bemühen sollte. Das Mißtrauen in die Handlungs- und Problemlösungsfähigkeit des Staates läßt die Mehrheit der Bevölkerung zu der Einsicht gelangen, daß Eigeninitiative in Zukunft erfolgreicher und zielführender ist.

Der 'Neue Konsens'

Zukunftsorientierte Reformen müssen insgesamt eine schlüssige Ordnung erkennen lassen. Dabei ist das ordnungspolitische Konzept der Sozialen Marktwirtschaft in jeder Hinsicht zugrundezulegen. Es muß eine Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft durch eine stärkere Rückbesinnung auf die marktwirtschaftlichen Werte erfolgen. Seit geraumer Zeit jedoch fehlt eine überzeugende politische Ausrichtung im Sinne einer ordnungspolitischen Renaissance. Benötigt wird ein 'Neuer Konsens' über die zugrundeliegende Wirtschaftsordnung und deren Werte. Es ist Aufgabe von Politik und Gesellschaft, das Gleichgewicht zwischen marktwirtschaftlichem Wettbewerb und sozialem Ausgleich in der Sozialen Marktwirtschaft neu zu definieren. Die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland hängt entscheidend davon ab, ob es gelingen wird, die marktwirtschaftlichen Prinzipien zu stärken, ohne dabei den sozialen Zusammenhalt zu gefährden. Nur auf der Grundlage eines solchen 'Neuen Konsenses' kann die Soziale Marktwirtschaft auch im 21. Jahrhundert ein erfolgreiches und zukunftsorientiertes Konzept sein.